

Nein, Herr Bischof!

Als G.K. Chestertons „Father Brown“ seinen ersten Fall löste und einen Straftäter überführte, der sich als Priester verkleidet hatte, da fragte ihn dieser, wodurch er ihm denn auf die Schliche gekommen sei. „„Sie haben die Vernunft angegriffen«, sagte Father Brown. »Das ist schlechte Theologie.«"

Am 1. August 2019 hielt Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Bischof der Nordkirche im Sprengel Mecklenburg und Pommern, auf der 124. Blankenburger Allianzkonferenz ein Referat zum Thema „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“. Das Referat versucht, nach Bekunden des Referenten, die gegenwärtige Situation im Nahen Osten, in Israel und den autonomen Gebieten, im Kontext biblischer „Anregungen“ zu Konfliktbewältigung und Frieden zwischen Israel und den Palästinensern zu analysieren. So suche das Referat nach „zahlreichen Anreizen für Frieden“, die Bischof Abromeit „im Alten Testament, das ja auch die Basis der jüdischen Religion ist, als auch im Neuen Testament“ zu finden meint (so im Nordkurier-Interview vom 8. August 2019: <https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/abromeit-das-war-eine-pro-israel-rede-0836366508.html>).

Das Referat ist inzwischen im Internet zugänglich (vgl. etwa <https://zeitzeichen.net/node/7752>). Bereits zuvor, also noch in Unkenntnis des gesamten Textes, kam es zu einem kleinen „medialen Erdbeben“, das durch eine vom Referenten autorisierte Zusammenfassung in dem einschlägig in Theologenkreisen dem evangelikalen Spektrum zugeordneten Organ „IDEA“ ausgelöst wurde (<https://www.idea.de/gesellschaft/detail/abromeit-sieht-ueberidentifikation-der-deutschen-mit-dem-staat-israel-109989.html>). Der Beitrag griff insbesondere einen Satz Abromeits auf, der im Referat wörtlich lautet: „Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel.“ Diese mehr als problematische Formulierung wurde dann in einem Beitrag der BILD-Zeitung vom 3. August mit den Worten „erschreckend“ und „bizarr“ charakterisiert. Mehr oder weniger klare Distanzierungen aus dem kirchlichen (Bischöfe Kühnbaum-Schmidt und Magaard) und politischen (Volker Beck, Konstantin von Notz, Lars Castellucci) Bereich folgten.

Zunächst scheint es wenig überraschend, dass „IDEA(-Spektrum)“ gerade den oben zitierten Satz in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellt. Denn er unterstreicht zumindest ein Abrücken von bislang – und zu Recht – unhinterfragten Überzeugungen im Verhältnis zwischen Israel und Deutschland (Stichwort: Existenz und Sicherheit des Staates Israels als Staatsräson). Damit begibt sich das evangelikale Magazin einmal mehr in die Nähe rechter bzw. rechtspopulistischer Anschauungen (vgl. dazu die ARD-Reportage „Die Kirche und die Rechten“, gesendet am 18.6.2019: <http://mediathek.daserste.de/Reportage-Dokumentation/Die-Kirche-und->

[die-Rechten/Video?bcastId=799280&documentId=63993536](https://www.welt.de/politik/deutschland/article197964407/Hans-Juergen-Abromeit-Bischof-beklagt-Ueberidentifikation-mit-Israel.html)). Allerdings wird man auch den Autor des Referats, Bischof Abromeit, nicht von diesem Vorwurf freisprechen dürfen. Dürfte es doch kein Zufall sein, dass das dem rechten Spektrum zugehörige Organ „Junge Freiheit“ den zitierten Satz übernommen hat, und zwar ähnlich wie der Beitrag in „IDEA“ ohne jede weitere inhaltliche Zuspitzung im Kontext (vgl. „Junge Freiheit“ vom 5. August 2019: <https://jungefreiheit.de/kultur/2019/bischof-abromeit-warnt-vor-ueberidentifikation-mit-israel/>). Interessant ist, dass sich Bischof Abromeit in einer „Salami-Taktik“ von dem umstrittenen Satz zuletzt immer stärker distanzierte. Allerdings hat er es bislang vermieden, sich klar von Begriff und Sache zu distanzieren, was man vor allem an einem Radio-Interview auf NDR 1 vom 6. August und dem bereits erwähnten Interview mit dem „Nordkurier“ nachvollziehen kann. Doch wären hierzu klare Sätze angebracht: Eine „Überidentifikation“ aufgrund der historischen Schuld führt im Umkehrschluss unausweichlich zu einer Relativierung jener Schuld. Es bleiben die klaren Worte von Konstantin von Notz, dem religionspolitischen Sprecher der „Grünen“ und Fraktionsvize, in der Zeitung „DIE WELT“ vom 5. August 2019 (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article197964407/Hans-Juergen-Abromeit-Bischof-beklagt-Ueberidentifikation-mit-Israel.html>), denen zum Punkt nichts weiteres hinzuzufügen ist: „Wer das (i.e. das besondere Verhältnis Deutschlands zum Staat Israel und dem Judentum) in dieser Form infrage stellt, kann sich mal umgucken und wird feststellen, in welcher problematischer Gesellschaft er sich wiederfindet.“ Man beachte den oben erwähnten Artikel in der „Jungen Freiheit“: *quod erat demonstrandum*.

Nun wird man dem Vortrag nicht gerecht, wenn man ihn auf den zitierten Satz reduziert. Allerdings passt die Darstellung der „biblischen Spurensuche“ durchaus in das mit dem Zitat eng verquickte Gesamtbild. Jene Spurensuche findet sich im dritten und letzten Abschnitt des Referats. Das Referat schickt voraus, dass es in den beiden Religionen, gemeint sind Judentum und Christentum, stark differierende „Potentiale“ für eine Konfliktlösung gibt, die dann in den nachfolgenden Ausführungen nach ihren „äußeren Pole[n]“ befragt werden. Gemeint sind damit konfliktuöse, ausgrenzende und auf das (biblische) Land „Israel“ fixierte Strategien, die gegen inkludierende und auf friedliche Koexistenz abzielende Ansätze gestellt werden. Dabei fällt schon einmal grundsätzlich auf, dass ersterer Pol, die negative, biblische Folie also, ausschließlich im Judentum bzw. im Alten Testament identifiziert wird. Abromeit bemüht hierzu allfällige, vermeintlich „göttliche Gewalt“ propagierende Passagen aus dem Deuteronomium und den sogenannten deuteronomistischen Abschnitten des Alten Testaments (vgl. etwa Dtn 7). Man kann fragen, weshalb die auch im Neuen Testament vorhandenen, Gewalt und Gericht thematisierenden und nicht weniger ausgrenzenden Abschnitte, wie etwa in der Offenbarung

des Johannes, unberücksichtigt bleiben. Oder: Nach Lk 10,13–15 (par. Mt 11,21–23) verflucht Jesus galiläische Städte. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die biblischen „Spuren“ und „Anregungen“ nicht nur ahistorisch, sondern in einem zielgeleiteten Auswahlprozess, bei jeder Methode und Hermeneutik, auf einen gegenwärtigen Konflikt „angewendet“ werden sollen. In der Folge führt dann die biblische Anregung zu nichts anderem als zu einer biblizistischen Betrachtungsweise.

Regelrecht krude Formen nimmt der Bibelgebrauch dann in der Gegenüberstellung der Pole in Abromeits Referat an. Danach soll die prophetische Sicht auf die Fremdvölker, notabene eine fremdenfreundliche, tolerante bzw. inklusive Perspektive, etwa bei Ezechiel, Micha oder Jesaja, direkt in die christliche, ja jesuanische Friedensbotschaft, u.a. der Bergpredigt, führen. Einmal ganz davon abgesehen, dass auch in den genannten Prophetenbüchern, etwa in den Fremdvölkersprüchen (vgl. Ez 25–32; Jes 13–23), ganz andere als friedvolle Töne angeschlagen werden, erinnert die Konstruktion an die im Gefolge des Alttestamentlers Julius Wellhausen prominent rezipierte These von der „*lex post prophetas*“. Danach haben die vor dem babylonischen Exil (597/587–538 v. Chr.) wirkenden Propheten noch in Unkenntnis des „zwischen- eingekommenen“ (vgl. dazu die Hinweise in Röm 5,20; Gal 3,19) jüdischen Sitten- und Ritualgesetzes (etwa Num, Lev) ihre Heils- und Unheilsbotschaften formuliert. Das „Gesetz“ sei also der „Prophetie“ nachzuordnen, und der neutestamentliche Jesus konnte sich selbst als „Prophet“ in der alttestamentlichen prophetischen Tradition verstehen. Bereits der Alttestamentler und Religionsgeschichtler Klaus Koch hat dies als eine „dogmatische Konstruktion“ entlarvt („Profeten-Anschluß-Theorie“), die zumal tendenziell antijüdisch argumentiert: Das Judentum als „Gesetzesreligion“ wird als späte Verfallserscheinung einer ursprünglicheren Gottesoffenbarung in der Prophetie verstanden. Und genau in diesem „Fahrwasser“ argumentiert der Abschnitt in Abromeits Referat, wenn die jesuanische Friedensbotschaft als Folge der „toleranten“ alttestamentlichen Prophetie dargestellt wird.

Kaum weniger krude sind die „Thesen“ Abromeits zum Zionismus sowie seine Äußerungen zur Zwei-Staaten-Lösung. Erstere sind rasch durch einen Blick in jedes Lexikon zu korrigieren. Man vergleiche auch die Anmerkungen von Rabbiner Andreas Nachama: „Gleichwohl sind seine theologisch verbrämten Aussagen unhaltbar, wenn er etwa behauptet, dem Zionismus des 19. Jahrhunderts sei es »nicht um Religiöses gegangen, sondern um homogene Siedlungsgebiete für Juden«; hingegen sei eine »Benachteiligung der Palästinenser« logische Folge eines jüdischen Nationalismus.“ So in einem „Einspruch“ in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 12. August geäußert (<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/im-sprengel-lebt-das-alte-noch/>). Letztere Ideen zur Zwei-Staaten-Lösung bleiben allerdings gefährlich, ja unhaltbar,

weil sie letztlich das Existenz- und Sicherheitsrecht des modernen Staates Israel in Abrede stellen.

In seinen Reaktionen auf die durch das Referat ausgelösten Debatten hat sich Bischof Abromeit als Freund Israels bezeichnet. Angesichts seiner zahlreichen Reisen nach Israel, seiner Funktionen als Bischof, etwa bei der Zustimmung zur Ernennung eines jüdischen Kollegen zum Juniorprofessor an der Greifswalder Fakultät, und dem in Jerusalem absolvierten Vikariat ist dies überzeugend. Doch darf man vor dem Hintergrund des aktuellen Referats über „Zwei Völker – ein Land“ festhalten: Ein Freund Israels sollte mit seinem Vokabular („Überidentifikation“) weder die konkrete Schuld der Deutschen gegenüber den Juden relativieren und damit den „Feinden Israels“ zuarbeiten, noch sollte er in seinen Reaktionen und Interviews diesen Umstand verwässern – dies zumal in Zeiten, da antisemitische Übergriffe in Deutschland nicht enden wollen. Ein Freund Israels sollte nicht methodisch unreflektiert über Geschichte und biblische Zusammenhänge reden – dies sollte, unabhängig von der Causa, auch kein Bischof und akademischer Theologe tun. Ein Freund Israels sollte über seine biblische Argumentation reflektieren, schon um Argumentationsmuster der jüngeren Forschungsgeschichte zu vermeiden, die bereits längst als antijüdisch entlarvt wurden.

Recht früh und in der Sache durchaus angemessen, wenngleich kaum konsequent, haben die Bischöfe Kühnbaum-Schmidt und Magaard im Namen der „Nordkirche“ kritisch auf die Ausführungen Abromeits reagiert. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings wird das Statement mit einer etwas seltsamen Einleitung versehen: „Es handelt sich bei dem Vortrag von Bischof Dr. Abromeit um seine persönliche Meinungsäußerung. Der Vortrag stellt keine Stellungnahme oder Positionsbeschreibung der Nordkirche dar.“ (so: <https://www.nordkirche.de/nachrichten/nachrichten-detail/nachricht/statement-der-nordkirche-klare-haltung-gegen-jede-form-von-antisemitismus/>). Hierzu sei festgehalten: Ein Bischof ist nach evangelischem Verständnis Theologe und Pfarrer. Er hat als ordiniertes Mitglied 1. theologisch sauber, 2. vernünftig im Sinn kommunikativer Vernunft zu argumentieren. „Persönliche“ oder Privatmeinungen gibt es als Kategorie nicht.

Stefan Beyerle